

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhändler und für Auerzgebirge die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 25.

Redaktionspreis für Anzeigen aus Magd. und Umgebung 20 Pf. wochentlich, auswärts 25 Pf. wochentlich, auswärts 30 Pf. wochentlich. — Anzeiger Nr. 25.

Leitung: Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1990

Nr. 259

Freitag, den 6. November 1931

26. Jahrgang

Die Hauptsache für Frankreich:

Tribute und Garantien

Laval hält am Youngplan fest — Die Besprechung Hoelsch-Laval vor dem Reichskabinett

Der deutsch-französische Gegensatz

Berlin, 4. November. Das Reichskabinett ist heute vormittag zur Beratung der Schulden- und reparationspolitischen Fragen zusammengetreten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß ihm nun bestimmte Vorschläge des Stahlausschusses im Wirtschaftsbeirat vorliegen, der bekanntlich gestern abend zuletzt getagt hat, um auf Grund der inzwischen eingeholten statistischen Unterlagen einen Tilgungsplan für die kurzfristigen Kredite zu entwerfen. Außerdem hat die Regierung jetzt den Bericht des Vorkommissars in Paris über die gestrige Unterredung mit Briand, Laval und Glandin in Händen. Was in Berlin über diese Besprechungen bisher bekannt geworden ist, stammt aus französischen Blättern, die von der Unterhaltung ein ziemlich einseitiges Bild geben. Danach hätte sich nunmehr der vor allem tatsächliche Gegenstand der deutschen und der französischen Auffassungen klar herausgestellt. Er läßt sich wohl am kürzesten auf die Formel bringen, daß Laval zunächst die reparationspolitische Seite des ganzen Problems behandeln will, damit der Youngplan mit dem Ablauf des Jahres wieder in Funktion tritt. Dabei sind die Franzosen offenbar durchaus bereit, zum mindesten vorübergehend einige Nachlässe zu gewähren. Sie scheinen sich auch in der technischen Entwicklung einer solchen Regelung gewissen deutschen Wünschen anpassen zu wollen, z. B. in der Einberufung einer Reparationskonferenz. Aber das Wesentliche ist doch, daß sie den Youngplan wieder in Gang bringen wollen, der seine Unmöglichkeit nicht nur nach unserem, sondern nach dem Urteil der besten Sachverständigen der ganzen Welt erwiesen hat. Der deutsche Standpunkt geht nun von der klaren Erkenntnis aus, daß sich prinzipiell auch der französische Finanzminister in der notwendigen Unterhaltung nicht verhalten konnte, daß die kurzfristige Verschuldung Deutschlands eine Situation geschaffen hat, die zunächst eine Vereinfachung verlangt, ehe man die Möglichkeiten der Reparationszahlungen überhaupt übersehen kann. Das heißt also, daß die Reichsregierung zunächst die privaten Schulden konsolidieren will, damit sie an das große Reparationsproblem von einer gesünderen Basis aus herangehen kann. Das widerspricht dem, was die französische Regierung will. Sie nimmt für die Reparationen die unbedingte Priorität in Anspruch. Daß dieser Gegenstand nun klar herausgearbeitet ist, scheint im Augenblick das einzige Ergebnis der gestrigen Pariser Unterredung zu sein. Die Reichsregierung wird nun zu dieser Situation Stellung nehmen müssen. Das ist die Aufgabe der Kabinettsberatungen, die heute vormittag begonnen haben.

Weitere Rückfragen in Paris

Berlin, 4. Nov. Ueber die heutigen Beratungen des Reichskabinetts wird strengste Stillschweigen bewahrt, weil die zuständigen Stellen vermeiden wollen, daß die außerordentlich schwierigen Verhandlungen, die jetzt beginnen, irgendwie gestört werden können. Sicher ist aber, daß irgendwelche wesentlichen Beschlüsse über die Reparationsfrage heute noch nicht gefaßt worden sind. Die Annahme, daß zunächst weitere Rückfragen in Paris notwendig seien, hat einen ziemlich hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Heute abend findet nun eine Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion statt, die die morgige Sitzung des Reichsausschusses dieser Partei vorbereiten soll. Im Reichsausschuss wird der Kanzler eine große Rede halten. Durch diese Tagung seiner Partei ist er für heute und morgen natürlich in Anspruch genommen.

Französische Blätter zum Besuch von Hoelsch bei Laval

Paris, 4. November. Die Morgenpresse beschäftigt sich mit der gestrigen Unterredung des deutschen Vorkommissars von Hoelsch mit dem Ministerpräsidenten Laval und Außenminister Briand und glaubt über die zweistündige Erörterung Mitteilungen machen zu können. „Echo de Paris“ erklärt, allgemein gehe für Deutschland die Lage der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland und ein in Vorbereitung befindlicher deutscher Plan, der nach deutscher Ansicht die Zustimmung der ausländischen Banken finden dürfte, im Vordergrund der Betrachtung. Das heißt also, zunächst das Problem der privaten Interessen anzuschneiden. Die französische Presse gewünschte Vorgangsweise dagegen stelle die Reparationen im Vordergrund. Die französische Regierung stehe mit Recht auf dem Standpunkt, daß sie sich nach der öffentlichen Meinung in Frankreich richten müsse. Daher wolle sie sich nur innerhalb des rechtlichen Rahmens des Young-Planes helfen. Man rät demgemäß Deutschland, sich zunächst einmal der französischen Ansicht anzuschließen, daß die privaten Interessen vor den Interessen der Gläubigerstaaten zurücktreten müßten. Nach Ansicht des „Echo de Paris“ ist es wahrscheinlich, daß Deutschland diesem Rat entsprechend die Einbe-

ziehung des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Ausschusses des Young-Planes beantragen werde. Der beratende Ausschuss des Young-Planes könne vermutlich seine Arbeiten rasch abschließen und den Regierungen Maßnahmen vorschlagen, die die Anwendung oder richtiger die Abänderung des Young-Planes zum Ziele hätten. Es sei unvermeidlich, daß eine Konferenz der Regierungen stattfinden, die den Young-Plan unterzeichnet haben, und zwar wahrscheinlich in Frankreich, entweder in Paris oder an der Riviera im Dezember oder spätestens Januar. „Matin“ erklärt, es sei recht leichtfertig, wenn die französische Presse behaupten wolle, daß der deutsche Vorkommissar mehrere verschiedene Pläne vorgelegt habe. Die in der deutschen Presse genannten Pläne betreffen ausschließlich die Erneuerung der kurzfristigen Kredite. Die Pressemitteilungen über die Unterredung Laval-Briand-Hoelsch dagegen besagen, daß man von den Reparationen, folglich also von der Abführung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Young-Planes gesprochen habe. In dieser Frage habe sich der deutsche Vorkommissar darauf beschränkt, zuzuhören. Die Rückkehr zum Regime des Young-

Planes bedeute auch für den Fall eines deutschen Entzuges auf ein Moratorium die Einhaltung der Moratoriumbestimmungen dieses Planes. Obwohl die Pressemitteilungen die Frage der kurzfristigen Kredite mit Stillschweigen übergehen, scheint es recht unwahrscheinlich, daß der deutsche Vorkommissar in dieser Hinsicht nicht ein dringliches Ersuchen vorgebracht habe. Aber es sei möglich, daß dieser Schritt, wenn er überhaupt unternommen worden sei, an die falsche Adresse gerichtet worden sei. Möglicherweise die amerikanischen und englischen Banken, die mit dem Feuer spielten, als sie Deutschland immer wieder Gold liehen, an erster Stelle darüber entscheiden, ob sie im Februar ihre Kredite erneuern wollten? Falls die Mehrheit der amerikanischen und englischen Banken sich weigern würde, dazu beizutragen, die in Schwierigkeit geratenen Schuldner wieder flottzumachen, dann müßten die Regierungen, die das Schlimmste vermeiden wollten, der deutschen Regierung die Frage vorlegen, welche Garantien sie in der Lage sei zu geben. Die eigentliche Entwicklung der Verhandlungen hänge also jetzt von Berlin ab.

Das Reichskabinett und die Neuregelung der Osthilfe

Berlin, 4. November. Wie wir erfahren, liegt die Verordnung über die Neuregelung der Osthilfe bereits vor. Es ist anzunehmen, daß sie heute oder morgen verabschiedet wird, und daß im Anschluß die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Schlangensiefen zum Reichskommissar und Mitglied des Kabinetts erfolgen wird. Der grundsätzliche Charakter der Neuregelung besteht in dem Anweisungsbefehl für den Reichskommissar, unter gleichzeitiger Aufhebung des bisherigen Dualismus Reichs-Preußen. Ein Berliner Blatt wollte wissen, daß sich Reichsminister Treutmann bereits von den Beamten der Oststelle verabschiedet habe. Das ist nicht richtig, vielmehr hat er sich nur mit herzlichem Dank für ihre bisherige Mitarbeit von den Vertretern Preußens, Direktor Dr. Lauffer und Staatssekretär Krüger, verabschiedet. Das bedeutet bereits die Verwirklichung der Bestimmungen über die zukünftige Durchführung des Osthilfeverfahrens.

Zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Für 250 Millionen neue Aufträge. — Beschleunigte Beratungen über die Vergebung

Berlin, 4. November. Wie wir erfahren, haben in der letzten Woche zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Reichsbahn Besprechungen stattgefunden, die auf ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn abzielten. Man ist übereingekommen, daß die Reichsbahn zusätzlich noch für etwa 250 Millionen RM Aufträge erteilt. Formell bedarf dieser Entschluß zwar noch der Genehmigung des Verwaltungsrates der Reichsbahn, es ist aber wohl nicht daran zu zweifeln, daß er seine Zustimmung erteilen wird. Etwa 80 Millionen des Zuschlagbetrages sollen bereits für diesen Monat mitangeseht werden, die wohl in der Hauptsache für Oberbauarbeiten Verwendung finden werden. Augenblicklich finden bei der Leitung der Reichsbahn noch Beratungen über die Verteilung der Aufträge statt, die möglichst verschiedenen Industrien zugute kommen und gerade auf die Industriegebiete der einzelnen Länder verteilt werden sollen. Auch die Kleinindustrie, die bekanntlich vor allem in Südwestfalen zu Hause ist, soll besonders bedacht werden, und zwar zunächst mit Aufträgen von etwa 10 Millionen RM. Der Zweck dieses zusätzlichen Programms liegt natürlich darin, gerade jetzt, da mit dem härtesten Einsetzen des Winters ohnehin mit einer stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, den in Frage kommenden Wirtschaftszweigen zu helfen, ihre Betriebe über Wasser zu halten und möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Deshalb sollen die gegenwärtigen Beratungen über die Verteilung der Aufträge auch möglichst beschleunigt werden. Es ist damit zu rechnen, daß sie bereits in den allernächsten Tagen zum Abschluß kommen. Diese Anstrengungen der Reichsbahn für eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung sind umso höher anzuerkennen, als die Reichsbahn ohnehin jährlich für etwa 900 Millionen Aufträge herausgehen läßt.

Gesetzliches Verbot des Zugabewesens?

Berlin, 4. November. Als erster der zahlreichen Reichstagsausschüsse, die während der Winterpause des Reichstags zusammentreten, ver sammelte sich am Mittwoch der volkswirtschaftliche Ausschuss um zunächst die Anträge über das Zugabewesen zu beraten. Der neue Reichsjustizminister Joel war zu der Sitzung erschienen und erklärte, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen bereits im Kabinett verabschiedet worden sei und sofort dem Reichsrat zug-

leitet werden würde. Außerdem sei beabsichtigt, dieses Gesetz im Reichsanzeiger auch beschleunigt zu veröffentlichen. Im Hinblick auf diese Sachlage hat der Minister den Ausschuss, von der Beratung der vorliegenden Anträge abzusehen, da ja der vorbereitete Entwurf die ganze Materie gesetzestheoretisch zusammenfaßt.

Der Ausschuss beschloß daraufhin, die Anträge über das Zugabewesen von seiner Tagesordnung abzulehnen. Er beschäftigte sich dann mit Petitionen.

Abgeordnete der Wirtschaftspartei bei Hindenburg

Berlin, 4. Nov. Der Reichspräsident empfing heute vormittag die Abgeordneten Mollath und Hermann von der Fraktionsleitung der Wirtschaftspartei, welche ihm über die Auffassung ihrer Fraktion und Partei zur gegenwärtigen Lage Vortrag hielten.

Bevorstehender Streik der Gemeindefunktionäre?

Berlin, 5. Nov. Nachdem der Berliner Schiedspruch für die Gemeindefunktionäre von den Gewerkschaften abgelehnt worden ist, werden heute abend in Berlin die Führer der Gewerkschaften über weitere Maßnahmen Beschluß fassen. Diese Beschlüsse gelten für das ganze Reich. Nach den vorausgegangenen Beratungen besteht die Gefahr, daß für verschiedene Städte, die bestimmt werden sollen, der Streik in den kommunalen Betrieben proklamiert wird.

Tagung des Parteivorstandes des Zentrums

Berlin, 4. Nov. Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei trat heute nachmittag im Reichstag zusammen, um vor allem die morgige Tagung des Reichsparteiausschusses vorzubereiten. In den Verhandlungen nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning teil. Als Mitglieder in den Parteivorstand wurden der neue Führer der Badischen Zentrumspartei, Reichstagsabg. Dr. Höhr und das Mitglied der rheinischen Zentrumspartei, Postassistent Kemmerling, gewählt. Einstimmig wurden die Anträge auf Bildung eines Reichsangeordnetenbeirats und eines Sonderausschusses zur Beratung von Hochschulfragen gutgeheißen. Im Anschluß hieran wurden noch Organisationsfragen und vor allem die von der Partei vorbereitete Dpferwoche besprochen. Am Vormittag war der Arbeiterbeirat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Erling zusammengesetzt. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt bei dieser Gelegenheit ein ausführliches Referat über die gesamte sozialpolitische Lage.

Die Frage der Kabinettsbildung in England

London, 4. Nov. Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts wird streng geheim gehalten. Sie wird wahrscheinlich erst während des Wochenendes oder Anfang nächster Woche bekannt werden. Nachdem Sir Austen Chamberlain mit Rücksicht auf jüngere Kollegen auf alle Amtsansprüche verzichtet hat, fragt man sich, ob Lord Reading oder Lord Crewe, die beide nicht mehr jung sind, seinem Beispiel folgen werden. Ein sehr wichtiges Amt wegen seiner Beziehungen zur Tariffrage ist naturgemäß das Handelsamt und das Problem, ob der augenblickliche Präsident des Handelsamtes, Sir Phillip Cunliffe Bister, seinen Posten behalten oder dem Liberalen Runciman Platz machen wird, wird deshalb lebhaft erörtert. In politischen Kreisen wird Neville Chamberlain wieder als sicherer